

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport

Sitzungsdatum: Dienstag, den 16.01.2018
Beginn: 16:15 Uhr
Ende 17:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Maik Hofmann

stellv. Vorsitzende/r

Herr Michael Philippen

Mitglieder

Frau Ute Bartel

Frau Dr. Heike Carstensen

Frau Nicole Dibbern

Frau Friederike Fechner

Frau Margret Schüler

Herr Maximilian Schwarz

Vertreter

Frau Kathrin Ruhnke

Vertretung für Frau Ann Christin von
Allwörden

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Claudia Hoffmann

Herr Dr. Christoph Langner

Herr Stephan Latzko

Frau Sylvia Lieckfeldt

Herr Andreas Pagels

Herr Dr. Dirk Schleinert

Frau Stefanie Schmidt

Herr Wolfgang Spitz

Frau Gisela Steinfurt

Herr Jörn Tuttlies

Frau Diana Westphal

Frau Jeannine Wolle

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 sowie der 11. Sitzung vom 13.12.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

- 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0073/2017
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Einschulungszahlen für das Schuljahr 2018/2019
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen und Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 sowie der 11. Sitzung vom 13.12.2017

Die Niederschrift der 10. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport vom 28.11.2017 sowie die Niederschrift der 11. Sitzung vom 13.12.2017 werden bestätigt.

Abstimmung 10. Sitzung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltungen

Abstimmung 11. Sitzung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2018/2019 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0073/2017

Herr Philippen informiert kurz zur Beratung im Ausschuss für Finanzen und Vergabe und weist darauf hin, dass die Fraktion Bürger für Stralsund dem Haushalt nicht zustimmen wird. Es sind wieder enorme Zuschüsse an das Theater im Haushalt eingeplant. Eine zusätzliche Förderung in Höhe von 500T € ist in diesem Jahr vorgesehen.

Fraglich ist, was sich aus dem Abbruch der Verhandlungen an zusätzlichen Förderungen ergeben wird. Auszugehen ist von 300T bis 400T €.

Er gibt zu bedenken, dass ein Beispieltheater in Erwägung gezogen werden sollte.

Er dankt Frau Steinfurt und der Verwaltung für gute Zuarbeit und die Erstellung der Haushaltssatzung und der Haushaltspläne.

Herr Hofmann merkt an, dass es das erste Mal ist, dass die Fraktion Bürger für Stralsund dem Haushalt nicht zustimmt.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Carstensen informiert Herr Hofmann über Inhalte aus der Sitzung des Kulturausschusses im Landkreis Vorpommern-Rügen.

Es gibt keine Fortschritte in den Arbeitsgruppen zum Theater. Alle Fraktionen sind aufgebracht und haben kein Verständnis für die weitere Förderung des Theaters. Der Landkreis wird keine weitere Förderung beschließen lassen, daher wird zukünftig die Förderung allein von den Hansestädten Greifswald und Stralsund zu tragen sein. Das Theater sollte aus seiner Sicht nicht um jeden Preis gehalten werden. Es sollte dringend der zeitweilige Ausschuss zur Neustrukturierung der Theater Vorpommern GmbH einberufen werden.

Frau Bartel stimmt dem Vorschlag von Herrn Hofmann zu. Der zeitweilige Ausschuss muss dringend Informationen bekommen, wie es mit dem Theater weiter geht. Ein Beispieltheater kommt für sie nicht in Frage. Die Fraktion SPD wird dem Haushalt trotz der Problematik um das Theater zustimmen.

Herr Philippen weist darauf hin, dass die Förderungen seit 2014/15 dauerhaft gezahlt werden. Andere wichtige Dinge können dafür nicht umgesetzt werden. Andere städtische Unternehmen müssen ausgeglichene Wirtschaftspläne vorlegen, nur das Theater nicht. Irgendwann muss man überlegen, ob man anfängt umzudenken.

Herr Hofmann verdeutlicht, dass das Theater ohne eine zusätzliche Landesförderung bereits länger insolvent wäre.

Frau Bartel fasst zusammen, dass gegensätzliche Meinungen zum Theater bestehen. Die Diskussion sollte im zeitweiligen Ausschuss erfolgen. Die Mitglieder einigen sich, sich an Herrn Pieper zu wenden, dass er den zeitweiligen Ausschuss zu einer Sitzung einberuft.

Frau Fechner teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch mit zusätzlicher Förderung des Theaters dem Haushalt zustimmen werden. Da in absehbarer Zeit die Einwohnerzahl von Stralsund steigen soll, sind auch höhere Steuereinnahmen zu erwarten und eine Förderung des Theaters somit einfacher.

Da es keine weiteren Redebeiträge gibt, stellt Herr Hofmann die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage B 0073/2017 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 2 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Einschulungszahlen für das Schuljahr 2018/2019

Herr Tuttlies hat zu dem Thema eine Präsentation vorbereitet, inbegriffen ist auch die Entwicklung der Schülerzahlen.

Er teilt mit, dass der Grundsatz der Schulwahlfreiheit gilt. Allerdings findet dieser seine Grenzen in den Aufnahmekapazitäten der Schulen.

Das Internetportal der Hansestadt Stralsund ermöglicht den Eltern die Abgabe eines Erst – und Zweitwunsches. Übersteigen die Anmeldungen, den Erstwunsch betreffend, die Aufnahmekapazitäten der Schule, muss eine Umlenkung erfolgen. Berücksichtigt wird zuerst der Zweitwunsch. Ist dieser auch nicht realisierbar, greift das Entfernungsprinzip, sodass Schüler und Schülerinnen mit der geringsten Entfernung, ermittelt durch ein verwaltungsinternes Programm, vorrangig Zugriff haben.

Herr Tuttlies betont, dass in diesem Jahr genügend Kapazitäten vorhanden sind. Es liegen 524 Anmeldungen bei einer Kapazität von 562 Aufnahmen, vor und es werden 33 Rückstellungen aus dem letzten Jahr aufgenommen. Des Weiteren sind 7 auswärtige Anmeldungen eingegangen, die gegebenenfalls aufgrund des Entfernungsprinzips abgelehnt werden könnten.

Frau Westphal ergänzt, dass die Begutachtung der angemeldeten Kinder durch den diagnostischen Dienst noch nicht abgeschlossen ist. Nach jetzigem Stand werden in diesem Jahr mindestens 2 Kinder in der Astrid-Lindgren-Schule eingeschult. Weiter könnten Kinder den Diagnoseförderklassen (DFK) oder Sprachheilklassen zugeordnet werden. Nach Abschluss der Begutachtungen, ca. im April, kann die Restkapazität tatsächlich ermittelt werden.

Herr Tuttlies geht zur Entwicklung der Einschulungszahlen über, indem er die vergangenen Jahre mit den Einschulungszahlen aus dem Jahr 2010, gesamt 427, vergleicht. Festzustellen ist, dass sich die Zahl der Einschulungen seit 2014 stabilisiert und sogar steigert. So gab es beispielsweise 2016 gesamt 579 und 2017 gesamt 500 Einschulungen, miteingerechnet sind die Zahlen der privaten Jona-Schule.

Frau Bartel fragt, ob die steigenden Zahlen auf die Familien mit Migrationshintergrund zurückzuführen sind.

Herr Tuttlies bestätigt dies für die letzten zwei Jahre. Im Zuge dessen spricht er auch die geburtenschwachen und – starken Jahrgänge an. Die Tendenz der Einschulungszahlen ist gleichbleibend hoch, entgegen dem Landestrend.

Frau Bartel fragt, ob das Land in Bezug auf die Zahlen informiert wird.

Herr Tuttlies informiert darüber, dass die Zahlen der Hansestadt Stralsund anhand eines Auszuges aus dem Einwohnermelderegister regelmäßig an das Land übermittelt werden. Die Landesstatistik ist nachweislich falsch. Diese bezieht sich auf die Angaben des statistischen Bundesamtes, das mit einem irreparablen Computerfehler arbeitet.

Im Ergebnis ist es unwahrscheinlich schwierig, eine tragfähige Planung zu machen, eingehend auf den Schulbau. Nichtsdestotrotz hat die Hansestadt Stralsund ein Konzept entwickelt. Die Hermann-Burmeister- Schule wird durch den Ersatzneubau der ehemaligen Allende-Schule erweitert und weiter gibt es eine Erweiterung des Schulzentrums „Am Sund“.

Frau Westphal fügt hinzu, dass konstant 50-60, in Spitzen 70 Kinder mit Migrationshintergrund in den Schulen integriert sind. Bis etwa 2023 werden die DaZ- Intensivkurse (Deutsch als Zweitsprache-Kurse) fortgeführt.

Frau Schüler fragt nach den Konsequenzen bei einer möglichen Eingemeindung von Altefähr.

Herr Tuttlies informiert, dass dadurch jährlich ca. 10-15 Kinder untergebracht werden müssen. Die Kapazitäten geben dies jedoch her.

Frau Bartel fragt nach den Kapazitäten während des Neubaus des Schulzentrums „Am Sund“.

Herr Tuttlies erläutert, dass ein zusätzlicher Klassenzug nicht dauerhaft an einer Schule integriert werden kann.

Möglich ist die Aufstellung eines zusätzlichen Containers auf der Freifläche der „Hermann Burmeister“ Schule oder die Integration eines zusätzlichen Zuges für ein Jahr an der Marie-Curie-Schule. Zwei Schulen parallel zu bauen, ist gegenüber möglichen Fördermittelgebern angesprochen worden.

Frau Bartel fragt, ob mit dem Neubau noch in diesem Jahr begonnen wird. Dazu erläutert Herr Tuttlies, dass das Geld im Haushalt fehlt und auf die Zusagen der Fördermittel gewartet werden muss. Sollten die Zuwendungen im Jahr 2018 bewilligt werden, müssen die Ausschreibungen EU weit erfolgen. Durch alle dann laufenden Fristen zuzüglich Planung und Bauzeit wäre dann eine Fertigstellung vor 2020/2021 unrealistisch.

Frau Dr. Carstensen erkundigt sich zum Thema „Inklusion“ und deren Umsetzung in Stralsund.

Herr Tuttlies erläutert, dass eine praktische Umsetzung aufgrund der derzeitigen Kapazitätsverordnung nicht möglich ist. Hinzu kommt, dass eine Inklusion teuer ist und das Land beschränkt sich bei der Kostenbeteiligung eines Neubaus auf das, was für die Inklusion zusätzlich nötig ist.

Frau Bartel ergänzt, dass viele Unklarheiten im Raum stehen, u.a. in der pädagogischen Betreuung und auch in Bezug auf das Prüfungsverfahren im Abitur.

Herr Tuttlies teilt mit, dass das Land in mehreren Sitzungen mit dem Thema „Inklusion“ konfrontiert worden ist. In den Sitzungen ging es beispielsweise um die Anzahl, Größe und Ausstattung der Räumlichkeiten oder aber um Barrierefreiheit und Waschräume. Das Land ist mit einer guten Idee gestartet, viele Probleme sind aufgetreten und diese hat das Land noch nicht beraten und umgesetzt.

Frau Dr. Carstensen sagt, dass Studien eine bessere Unterstützung der Kinder in Regelschulen belegen. Des Weiteren müssen die Eltern sensibilisiert werden, da erfahrungsgemäß alle gegen eine Inklusion eingestellt sind.

Herr Hofmann schlägt vor, dass Thema „Inklusion“ separat in einer weiteren Sitzung zu behandeln.

Herr Tuttlies ergänzt, dass zwei Schulen der Hansestadt Stralsund für die spezifische Kompetenz vorgeschlagen werden. Das Land schlägt als weiterführende Kompetenz das „Hansa-Gymnasium“ vor. Aus Sicht der Verwaltung sind die möglichen, noch nicht vorhersehbaren Vorgaben in einem zum Teil denkmalgeschützten Gebäude nicht umsetzbar. Aufgrund dessen wird neben der Grundschule „Herrmann Burmeister“ die „Integrierte Gesamtschule“, das Haus 2, vorgeschlagen. Damit wird am Standort Stralsund in der spezifischen Kompetenz „Hören-Sehen-Körperbehinderung“ ein nahtloser Übergang geschaffen. Andere Inklusionsmodelle bleiben erstmal außen vor.

Sofern neue Informationen vorliegen, wird die Verwaltung diese kundgeben.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Tuttlies und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Bartel informiert darüber, dass die Ausstellung „Rudolf Baier“ am 19.01.2018 im Stralsund Museum eröffnet wird. Peter Herford, der vor der Wende im archäologischen Bereich tolle Arbeit geleistet hat, ist verstorben und Frau Bartel ist persönlich daran interessiert, dass seiner Arbeit gedacht wird, gegebenenfalls im kulturellen Bereich. Sie bittet Frau Wolle dies zu prüfen.

Frau Wolle wird das Thema im Amt 40 beraten.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Beratungsbedarf bestand.

gez. Maik Hofmann
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung